

Im Gespräch mit: Michael Kunz

Ein Vorstoss im Parlament fordert, dass die Schweiz ihre Entwicklungshilfe in Ländern stoppt, die NGO-Mitarbeiterinnen diskriminieren – wie in Afghanistan. Michael Kunz von der Afghanistanhilfe beschreibt die Lage vor Ort.

«Entwicklungshilfe ist den Taliban egal»

Katrin Schregenberger

Heute entscheidet der Ständerat über eine Motion, die verlangt, dass der Bundesrat in jenen Ländern die Entwicklungshilfe stoppt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NGO) diskriminieren. Michael Kunz, Präsident der Afghanistanhilfe, legt seine Sicht der Dinge dar.

Herr Kunz, im Dezember haben die Taliban ein Verbot für weibliche Angestellte bei NGO ausgesprochen (die SN berichteten). Beschäftigen Sie über die Afghanistanhilfe noch Mitarbeiterinnen in Afghanistan?

Michael Kunz: Bei uns, beziehungsweise unseren Partnern vor Ort, arbeiten alle Frauen weiter, denn der Gesundheitsbereich ist vom Verbot derzeit ausgeschlossen. Im Gesundheitswesen werden grundsätzlich Frauen von Frauen und Männern von Männern behandelt. Wir betreiben ein Provinzspital und zwölf Kliniken in abgelegenen Gebieten. Dort arbeiten Hebammen, Ärztinnen, Krankenschwestern. Die betrifft es nicht. Betroffen sind Mitarbeiterinnen, die zum Beispiel in der Administration arbeiten. Dort arbeiten die Frauen seit dem Arbeitsverbot von zu Hause aus.

Gab es auch Mitarbeiterinnen, die sich nicht mehr exponieren wollen?

Kunz: Bei uns grundsätzlich nicht. Aber natürlich gibt es Frauen, die in diesem Land keine Zukunft sehen für sich und ihre Töchter. Das Spital, das wir haben, steht unter dem Schutz der Taliban. Die Taliban gehen dort ein und aus. Eine Ärztin dort engagiert sich sehr für Bildung. Sie unterrichtet Frauen hinsichtlich ihrer Rechte. Aber sie hat schon grosse Angst, sie bekommt auch Drohungen.

Eine Motion von Ständerat Thomas Minder verlangt, dass die Schweiz Entwicklungshilfe in Ländern stoppt, welche die Mitarbeiterinnen der Hilfsorganisationen diskriminieren. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Kunz: Grundsätzlich ist das eine nachvollziehbare Reaktion. Aber sie enthält einen Denkfehler: Dass sich die Taliban unter Druck setzen liessen. Auch als die Taliban die Macht übernahmen, dachte der Westen, er habe diesen Hebel der Entwicklungshilfe und die Taliban würden dann schon noch einlenken. Aber das tun sie nicht, zumindest die Radikalen machen, was sie wollen, es ist ihnen völlig egal. Im Gesundheitswesen gibt es jetzt zwar die Ausnahmen, sicher auch aus Eigeninteresse, weil ihre Frauen ja auch Kinder bekommen. Aber es wäre ihnen vermutlich trotzdem völlig egal, wenn es die Gesundheitseinrichtungen nicht mehr gäbe. Sie haben offensichtlich nicht den Anspruch, Dienstleistungen für die Bevölkerung zu bieten. Viel wichtiger wäre, die Taliban, die ja auch international herumreisen, festzunehmen. Und auch die Gelder, die vor allem im Ausland liegen, zu konfiszieren. Das würde den Taliban weh tun, aber nicht



Ein Bild, das es in Afghanistan heute so kaum noch gibt: Mädchen im Schulhaus der Afghanistanhilfe in der Provinz Daykundi im Jahr 2019.

BILD ZVG

das Stoppen der Entwicklungshilfe. Das trifft grundsätzlich nur die Bevölkerung.

Die Motion richtet sich vor allem gegen die Entwicklungshilfe des Bundes. Arbeiten Sie mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) zusammen?

Kunz: Wir sind leider nur einmal in den Genuss einer Unterstützung gekommen. Wir sind offensichtlich zu klein für die Deza, was ich schade finde.

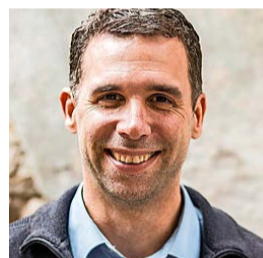
Wie gehen Sie sicher, dass die Entwicklungshilfe die Vulnerablen erreicht und nicht bei den Taliban landet?

Kunz: Es ist ungemein schwierig, Gelder überhaupt nach Afghanistan zu bringen, an dem Punkt sind schon viele Hilfsorganisationen gescheitert. Auch unser Konto kann aufgrund internationaler Sanktionen nicht mehr für internationale Transaktionen verwendet werden. Die Banken fahren hier eine Nullrisikostrategie. Wir haben aber über die afghanische Diaspora einen Weg gefunden, den wir auch kontrollieren und über den wir direkt an die Projektpartner auszahlen können.

Die Afghanistanhilfe hat auch etliche Schulen gebaut. Mädchen dürfen nun aber nur noch bis zur sechsten Klasse zur Schule.

Kunz: Im Gesundheitswesen baut man als Hilfswerk eine Einrichtung und betreibt diese auch weiter. Beim Schulwesen ist es anders: Schulhäuser baut man und übergibt sie dann dem Bildungsministerium. Wir haben vieles versucht, damit die Mädchen auch nach der 6. Klasse in die von uns gebauten Schulen können. Mittlerweile gibt es aber nur noch ein Projektgebiet, in dem das möglich ist. Wir überlegen uns nun, versteckte Schulen zu betreiben.

Weshalb dürfen Mädchen in dem einen Projektgebiet weiterhin zur Schule?



Zur Person

Michael Kunz ist Präsident der Afghanistanhilfe. Seit 34 Jahren unterstützt der Verein Afghanistanhilfe verschiedene Hilfsprojekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Armutsbekämpfung und Nothilfe. Der Verein arbeitet mit lokalen Partnern. Die Afghanistanhilfe ist die grösste Schweizer Hilfsorganisation in Afghanistan, die ausschliesslich aus privaten Mitteln finanziert ist und ohne öffentliche Beiträge auskommt. Das Team des Vereins arbeitet unentgeltlich.

Kunz: Die Taliban haben ihre Macht aufgeteilt und es gibt in jedem Distrikt einen Gouverneur, der kann aus dem radikalen oder aus dem gemässigten Lager stammen. Bei den Radikalen scheint es sinnlos, eine Diskussion zu führen. Dieses Projektgebiet bereisten wir im Herbst und haben ein Spital angeschaut. Und per Zufall lief uns der Distriktgouverneur über den Weg, der eher gemässigt ist. Er hat sich dann sehr bedankt, dass wir weiterhin vor Ort sind, es sind ja fast keine Hilfsorganisationen mehr da. Und er hat uns in sein Büro auf ein Gespräch eingeladen. Wir machen das sonst nicht, das machen unsere lokalen Partner. Er hat mit Schulen für Mädchen ab der 6. Klasse grundsätzlich kein Problem, vorausgesetzt, dass wir darüber nicht berichten, vor allem nicht auf Social Media. Deshalb nenne ich auch das Projektgebiet nicht.

Waren Sie im Herbst das erste Mal dort seit der Machtübernahme der Taliban 2021?

Kunz: Genau, es war die erste Reise unter den Taliban, wir waren zu dritt, Mirella Walter, Vorstandsmitglied und Zahnärztin aus Schaffhausen, war dabei und ihr Partner, der auch Mitglied ist. Bei früheren Reisen haben wir jeweils sehr viel Zeit investiert, uns vor den Taliban zu verstecken, das war diesmal nicht so. Dafür konnten wir das erste Mal paschtunisches Gebiet besuchen, wo die Taliban herkommen. Das war früher nicht möglich, weil dort die Kämpfe stattfanden zwischen der Taliban und der Regierung. Dort ist man mehrheitlich froh über die Machtübernahme der Taliban, denn es herrscht kein Krieg mehr. Was alle vereint: Die Menschen leiden an der wirtschaftlichen Lage. Es herrscht ein Hungersnot. Menschen haben nicht genug Geld, um Essen zu kaufen, obwohl es vorhanden wäre. Familien verkaufen ihre Töchter, damit der Rest der Familie überlebt. Mittlerweile ist auch der Organhandel

ein grosses Thema. Die Uno schätzt, dass die Hälfte der Bevölkerung auf Hilfsleistungen angewiesen ist. Wir sehen auch Fluchtbewegungen, nach Pakistan, nach Iran.

Hatten Sie Sicherheitsbedenken bei dieser Reise?

Kunz: Eher bei früheren Reisen. Man musste immer damit rechnen, dass etwas passiert, ein Anschlag oder eine Entführung. Diejenige im Herbst war die sicherste Reise. Wenn die Taliban etwas im Griff haben, dann ist es, die Sicherheit zu gewährleisten, das machen sie mit eiserner Hand.

Haben Sie auch feindselige Taliban getroffen?

Kunz: Die Höhergestellten wissen, wie man mit Ausländern umgeht, sie haben auch eine gewisse Bildung. Anders ist es bei den Soldaten. Die waren jetzt jahrelang in den Bergen, haben gekämpft, haben keine Schulausbildung ausser eine religiöse. Als wir den Distriktgouverneur besucht haben, war er freundlich, aber seine Soldaten, die auch im Raum waren, die hatten einen Blick, als wollten sie uns töten. Die hatten Schlagringe an den Händen und verstanden scheinbar auch nicht, weshalb ihr Vorgesetzter überhaupt mit uns spricht. Deshalb ist es wichtig, dass man in Kontakt bleibt mit Leuten, die etwas bewirken können, insbesondere mit den gemässigten. Aber die Gemässigten verschwinden derzeit eher.

Gibt es rote Linien, wo die Afghanistanhilfe sich zurückziehen würde?

Kunz: Es gibt mehrere rote Linien. Erstens die Sicherheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben derzeit keine Berichte, dass unsere Mitarbeiter angegangen werden. Zweitens: Wenn wir die Hilfe nur noch für Männer leisten können, vor allem im Gesundheitsbereich. Im Bildungsbereich ist die rote Linie schwieriger zu ziehen. Es gibt Hilfsorganisationen, die sagen, wenn man Schulen unterstützt, in denen die Mädchen nur bis in die 6. Klasse lernen dürfen, ist das ein Mittragen vom Grundsatz der Taliban. Ich sehe das anders. Lieber geht ein Mädchen sechs Jahre in die Schule als gar nicht. Die rote Linie ist der Lerninhalt: Wenn in unseren Schulhäusern extremistische Inhalte vermittelt werden, machen wir nicht weiter. Wir wissen aber, dass der Inhalt in den Schulen bisher nicht gross verändert wurde. Im Moment bauen wir trotzdem keine Schulhäuser, weil wir nicht wissen, ob der Lerninhalt gewährleistet wird.

War oder ist ein Rückzug der Afghanistanhilfe ein Thema?

Kunz: An dem Punkt waren wir nie. Die Afghanistanhilfe hat 1994 und 2001 bereits die Taliban erlebt. Wir haben den Menschen vor Ort versprochen, wir werden bleiben, wenn die Möglichkeiten es zulassen. Wenn wir kein Geld mehr schicken können, ist die Hilfe nicht mehr möglich. Wir wollen aber weitermachen, im besseren Fall mit der Einwilligung der Taliban. Und sonst ohne.

Anzeige

**Klima schützen
Jetzt abstimmen!**

JAA
Klimaschutz-
Gesetz 18. Juni

Grünliberale.



**Die
Mitte**



FDP
Die Liberalen



Wir sagen alle JA.

klimaschutzgesetz-ja.ch

Verein Klimaschutz Schweiz
Badenerstrasse 171 | 8003 Zürich

